

**4096/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 04.07.2002****ANFRAGE**

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend "Budgetbegleitgesetz 2000 - Verteuerung Reisepass -  
Auswirkungen"**

Durch die blauschwarze Mehrheit im Parlament wurde das Budgetbegleitgesetz 2000 beschlossen, das eine Reihe von Maßnahmen enthält, die in erster Linie untere und mittlere Einkommensgruppen belasteten, ökologisch verfehlt waren und die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes gefährdeten. Die absolut positiven Wirkungen der von Bundesminister a. D. Rudolf Edlinger durchgeführten Steuerreform 2000 wurden durch höhere - inakzeptable - Abgaben für Verbraucherinnen und andere restriktive Maßnahmen weitgehend aufgehoben. Das Ziel einer sozialen Ausgewogenheit wurde damit völlig verfehlt!

Dieses Budgetbegleitgesetz enthielt allein Einzelmaßnahmen die zu einer budgetwirksamen Finanzierung des Bundeszuschusses führen sollten, aber es enthielt keine strukturellen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung. Besonders deutlich wurde dies bei den massiven - nicht akzeptablen - Gebührenerhöhungen.

Dies musste als ein Beutezug der neuen Bundesregierung ("Neu Regieren") verstanden werden - massive Gebührenerhöhungen bei der Ausstellung von Reisepässen, Personalausweisen, Führerscheinen, Mopedausweise (die vorwiegend Schüler und Lehrlinge trifft) trafen gezielt untere und mittlere Einkommensgruppen. Selbst das Sterben wurde teurer ("Soziale Treffsicherheit").

Auch Pässe für Kinder, die nur eine Geltungsdauer - nämlich von 1(0 bis 1 Jahr), 4 (1 bis 6 Jahre) und 5 (6 bis 12 Jahre) haben, wurden so unverschämt erhöht. Erst ab dem 12. Lebensjahr der Passinhaber haben diese Pässe eine Gültigkeit von 10 Jahren.

Trotz der Forderung des Rechnungshofes und aller Ankündigungen der ehemaligen Oppositionspartei FPÖ, eine Generalreform des Gebührenrechtes vorzunehmen, entpuppte sich dieses Budgetbegleitgesetz als reine "Geldbeschaffungsaktion" der neuen FPÖ/ÖVP - Bundesregierung. Wie wir jetzt wissen, hat es nichts gebracht. Das groß angekündigte Nulldefizit konnte trotz dieser Gebührenbelastungen nicht einmal erreicht werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende Anfrage:

1. Wie viele Anträge auf Erteilung eines gewöhnlichen Reisepass, Fremdenpass und Konventionspass gab es 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?

2. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001?
3. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
4. Wie hoch sind die Kosten für die Ausstellung eines Reisepasses in den anderen einzelnen Mitgliedsländern der EU (Aufschlüsselung auf die einzelnen Mitgliedstaaten)?
5. Warum wird nicht für Jugendlichen (insbes. Kinder) - so wie in der BRD bis zum 26. Lebensjahr - die Ausstellung eines Reisepasses etc. ermäßigt?
6. In welchen Mitgliedsländern der EU gibt es bei der Ausstellung von Reisepässen für Jugendliche, Senioren etc. Ermäßigungen?
7. Wie viele Anträge auf Verlängerung der Gültigkeitsdauer eines gewöhnlichen Reisepass, Fremdenpass und Konventionspass gab es 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?
8. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001?
9. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
10. Wie viele Anträge auf Erweiterung des Geltungsbereiches eines gewöhnlichen Reisepass, Fremdenpass und Konventionspass gab es 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?
11. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001?
12. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
13. Wie viele Anträge auf nachträgliche Eintragung von Kindern bei gewöhnlichen Reisepass, Fremdenpass und Konventionspass gab es 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?
14. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001?
15. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
16. Wie viele Anträge auf Ausstellung eines Identitätsausweis gab es 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?

17. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001?
18. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
19. Wie viele Anträge auf Erteilung eines Personalausweis gab es 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?
20. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001?
21. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
22. Wie viele Anträge auf Erteilung eines Sammelreisepass gab es 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?
23. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997,1998, 1999, 2000 und 2001?
24. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
25. Wie viele Anträge auf Erteilung eines sonstigen Passersatz (z.B. Grenzkarte, Ausflugschein) gab es 1997,1998, 1999, 2000 und 2001 (Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer, Bezirkshauptmannschaften und Jahr)?
26. Welche Einnahmen ergaben sich daraus jeweils 1997, 1998,1999, 2000 und 2001?
27. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie im Jahr 2002?
28. Können Sie für das Budget 2003 Gebührenerhöhungen bei der Führerscheinausstellung etc. - gleichgültig unter welchen Bedingungen - ausschließen?
29. Wenn nein, weshalb nicht?